

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Schneider (Erfurt), Uwe Beckmeyer,
Klaus Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12062 –**

Privatkundengeschäft der Finanzagentur Deutschland GmbH fortsetzen

A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Nach der Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung am 31. Juli 2006 hat sie auch das Privatkundengeschäft für Bundeswertpapiere und das Führen des Bundesschuldbuchs übernommen. Aufgrund von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen hat die Bundesregierung entschieden, das Privatkundengeschäft zum Jahresende 2012 einzustellen. Nach Auffassung der Antragsteller liegt das mangelnde Interesse der Privatanleger jedoch vor allem an den momentan sehr niedrigen Zinsen für Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze. Das werde so auf Dauer nicht bleiben. Außerdem sei eine der Lehren aus der Finanzmarkt- und aus der Refinanzierungskrise, dass sich die Staaten bei der Refinanzierung nicht allein auf institutionelle Investoren verlassen dürften, sondern auch privaten Anlegern ein direkter Zugang zu Staatsschuldtiteln offenstehen sollte.

Die antragstellende Fraktion der SPD schlägt vor, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur über den 31. Dezember 2012 hinaus fortzuführen und zu prüfen, inwieweit zusätzliche Anlageformen für Privatkunden angeboten werden könnten. Zusammen mit dem Bundesrechnungshof sollten darüber hinaus die Spielräume für Kostensenkungen ermittelt werden. Mit den anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes seien schließlich Möglichkeiten und Instrumente zu erörtern, um das Engagement Privater an der Refinanzierung der Euro-Mitgliedstaaten generell zu erhöhen und lukrativer zu gestalten.

B. Lösung

Festhalten an der ursprünglichen Entscheidung, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur aufzugeben, und Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12062 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Norbert Barthle, Carsten Schneider (Erfurt), Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der SPD auf **Drucksache 17/12062** wurde in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Nach der Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung am 31. Juli 2006 hat sie auch das Privatkundengeschäft für Bundeswertpapiere und das Führen des Bundesschuldbuchs übernommen. Aufgrund von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen hat die Bundesregierung entschieden, das Privatkundengeschäft zum Jahresende 2012 einzustellen. Nach Auffassung der Antragsteller liegt das mangelnde Interesse der Privatanleger jedoch vor allem an den momentan sehr niedrigen Zinsen für Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze. Das werde so auf Dauer nicht bleiben. Außerdem sei eine der Lehren aus der Finanzmarkt- und aus der Refinanzierungskrise, dass sich die Staaten bei der Refinanzierung nicht allein auf institutionelle Investoren verlassen dürften, sondern auch privaten Anlegern ein direkter Zugang zu Staatsschuldtiteln offen stehen sollte.

Die antragstellende Fraktion der SPD schlägt vor, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur über den 31. Dezember 2012 hinaus fortzuführen und zu prüfen, inwieweit zusätzliche Anlageformen für Privatkunden angeboten werden könnten. Zusammen mit dem Bundesrechnungshof sollten darüber hinaus die Spielräume für Kostensenkungen ermittelt werden. Mit den anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes seien schließlich Möglichkeiten und Instrumente zu erörtern, um das Engagement Privater an der Refinanzierung der Euro-Mitgliedstaaten generell zu erhöhen und lukrativer zu gestalten.

III. Erste Lesung im Plenum

Anlässlich der ersten Lesung des Antrags im Plenum unterstreicht der Abgeordnete Carsten Schneider (Erfurt) noch einmal, dass die Fraktion der SPD die Aufgabe des Privatkundengeschäfts bei der Finanzagentur für einen schwerwiegenden Fehler halte, da dem Staat die Möglichkeit genommen werde, sich unmittelbar bei den eigenen Bürgern zu verschulden. Stattdessen solle dies aus marktideologischen Gründen nur noch über Bankgeschäfte mit hohen Provisionen möglich sein. Man mache sich damit gänzlich von Banken und Finanzmärkten sowie insbesondere ausländischen Investoren abhängig.

Der Abgeordnete Alexander Funk hält dem entgegen, dass die Mitglieder des Finanzierungsgremiums bereits am 2. Juni 2012 über die Entscheidung, das Privatkundengeschäft einzustellen, informiert worden seien. Neben dem Zeitpunkt

der Antragstellung sei für die Fraktion der CDU/CSU aber auch der Inhalt des Antrags nicht nachvollziehbar. Das Unternehmen werde darin aufgefordert, ein Produkt weiterhin zu vertreiben, das jedes Jahr zwischen 50 bis 70 Mio. Euro Verluste bringe. Im Übrigen könnten die Privatanleger auch zukünftig in Bundeswertpapiere investieren. Das der Entscheidung zugrunde liegende Problem sei jedoch, dass sie dabei in der Regel komfortablere und preisgünstigere Erwerbswege als den Kauf über die Finanzagentur nutzten.

Für die Fraktion DIE LINKE. hebt der Abgeordnete Harald Koch hervor, dass es den Bankenverband seit längerem gestört habe, dass Privatanleger direkt über die Finanzagentur Bundeswertpapiere erwerben und gebührenfrei auf dem Schuldbuchkonto verwahren lassen konnten. Anstatt sich eine verbraucherfreundliche Regelung auszudenken, eile die Regierung zu Hilfe. Anleger müssten sich nunmehr zum Beispiel Bundesanleihen gegen Gebühr bei ihrer Hausbank kaufen. Auch für die Aufbewahrung würden Gebühren fällig. Er sieht außerdem die Gefahr, dass Privatkunden gelegentlich solcher Beratungsgespräche andere, unpassende Finanzprodukte verkauft würden. Letztlich hält er den Antrag aber insbesondere deshalb für zu kurz gegriffen, weil Deutschland in der Finanzmarktkrise weniger von der Nachfrage nach Schuldtiteln des Bundes profitiert habe, als durch die von der SPD mit der Agenda 2010 beschlossene Umverteilung von oben nach unten sowie die exorbitanten Außenhandelsungleichgewichte. Auslöser und Profiteure der Finanzkrise dürften nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Der Abgeordnete Otto Fricke (Fraktion der FDP) weist darauf hin, dass in diesem Bereich vor allem Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Konkurrenz zu der staatlich subventionierten Finanzagentur stünden. Man müsse sich jedoch grundsätzlich fragen, warum der Staat ein solches Privatkundengeschäft betreiben solle und wie viel dies letztlich koste. Tatsächlich seien dies circa 200 Euro pro Jahr und Kunden. Allein das könne niemand mehr rechtfertigen. Die Fraktion der FDP vertraue aber auch in diesem Bereich auf eine funktionierende Marktwirtschaft. Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken brauchten Geldeinlagen zur Finanzierung der Wirtschaft und vor allem des Mittelstands, damit diejenigen, die investieren und Arbeitsplätze sichern wollten, Kredite bekommen könnten. Auch das Argument, dass der Staat Anleihen lieber an die eigenen Bürger als an ausländische Investoren begeben solle, hält er angesichts der Situation in anderen europäischen Ländern nicht für überzeugend.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnert die Abgeordnete Priska Hinz (Herborn) daran, dass die Finanzagentur aufgrund der rückläufigen Zahl der Privatanleger seit 2006 fast 36 Mio. Euro für Werbung ausgegeben habe, um dann im Jahr 2011 zu entscheiden, das Privatkundengeschäft auszusetzen. Sie könne diese Strategie nicht nachvollziehen. Viel ärgerlicher sei aber, dass das zweite wichtige Standbein zur Aufrechterhaltung der deutschen Schuldenverwaltung gekappt werde. Zwar gebe es aufgrund

der Euro-Krise zurzeit günstige Refinanzierungsmöglichkeiten und große Investoren kämen nach Deutschland. Es könne sich aber bei einem Abflauen der Krise als ein strategischer Nachteil erweisen, wenn man den Kreis der Anleger auf diese Weise begrenze. Sie glaube auch nicht, dass es wirklich um das Geschäft der Banken und Sparkassen mit Bundeswertpapieren gehe. Diese hätten vielmehr den Verkauf von Investmentfonds im Blick und die FDP wolle ihnen die Provisionsgebühren zulasten der Privatanleger sichern.

Der Abgeordnete Bartholomäus Kalb (Fraktion der CDU/CSU) stimmt zwar der Analyse in dem Antrag der Fraktion der SPD durchaus zu, es würden daraus aber die falschen Schlussfolgerungen gezogen. Auch in seiner Fraktion hätten viele gerne am Privatkundengeschäft festgehalten. Wenn dessen Anteil aber weniger als 1 Prozent der Finanzierungen des Bundes ausmache, könne das nicht ignoriert werden. 50 bis 70 Mio. Euro Mehrkosten ließen sich nicht rechtfertigen. Anders als in den 90er-Jahren sei die Bedeutung des Privatkundengeschäfts stark zurückgegangen. Ein wichtiger Gradmesser für die Richtigkeit politischen oder administrativen Handelns sei die Reaktion der Bürger. Wenn er zu einer Entscheidung keine einzige E-Mail erhalte und kein einziger Bürger die Angelegenheit in der Sprechstunde thematisiere, könne die Entscheidung eigentlich so falsch nicht sein und werde von den Betroffenen zumindest akzeptiert.

Die Abgeordnete Bettina Hagedorn (Fraktion der SPD) gibt zu Bedenken, dass das Bundesministerium der Finanzen aufgrund der Bemerkungen des Bundesrechnungshofs noch im April 2010 für eine marktschonende Modernisierung votiert habe, mit der das Privatkundengeschäft des Bundes in nachhaltiger Weise auf eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage hätte gestellt werden sollen. Leider sei das Bundesministe-

rium von diesem Kurs abgewichen. Im Übrigen ist sie der Auffassung, dass es beim Privatkundengeschäft der Finanzagentur auch um Werte und Tradition geht. Viele Bürgerinnen und Bürger, die in Erwartung einer schnellen Rendite in die falschen Geschäftsmodelle investiert und dafür bitter mit ihrem Privatvermögen bezahlt hätten, seien inzwischen schon froh, wenn sie ihr hart Erspartes sicher anlegen könnten. Diesbezüglich vertrauten sie in Zeiten der Unsicherheit gerade und vor allen Dingen dem Staat. Das Privatkundengeschäft könne von daher sehr wohl eine tragfähige Zukunft haben.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfehlen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion der SPD in seiner 115. Sitzung am 20. Februar 2013 abschließend behandelt. Die Fraktionen im Ausschuss hatten sich diesbezüglich darauf verständigt, auf eine weitergehende Aussprache zu verzichten.

Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

